

pax christi Gruppe Erding Dorfen Gesine Goetz (Sprecherin)
Fliederweg 7 85476 Neuching 08123 8349

8.6.2020

Sehr geehrter Herr Dr. Lenz,

am 1. Juli will die israelische Regierung Gesetze zur Annexion von Teilen des Westjordanlands vorlegen. Es bleiben nur wenige Wochen, um Israel davon zu überzeugen, an der Möglichkeit einer dauerhaften und einvernehmlichen Einigung zwischen Palästina und Israel festzuhalten.

Pax Christi Erding Dorfen befasst sich seit vielen Jahren mit dem Israel-Palästina-Konflikt und pflegt persönliche Kontakte in die Region. Darum wenden wir uns an Sie als Abgeordneter des Deutschen Bundestages mit der dringenden Bitte, sich gegen diese drohende schwere Verletzung des Völkerrechts einzusetzen.

Bereits die Ankündigung der Annexion durch die israelische Regierung ist international verurteilt worden, u.a. von der Europäischen Union, dem zuständigen Komitee der UN-Generalversammlung sowie von zahlreichen israelischen und palästinensischen Friedens- und Menschenrechtsgruppen. Im Vereinigten Königreich haben fast 140 Abgeordnete einen parteiübergreifenden Brief unterzeichnet, in dem der Premierminister aufgefordert wird, Sanktionen gegen Israel zu verhängen, falls diese Pläne umgesetzt werden (<https://www.theguardian.com/world/2020/may/01/mps-press-for-sanctions-against-israel-over-west-bank-annexations>).

Die Rechtslage ist unstrittig: Die Annexion von besetztem Gebiet verstößt gegen mehrere Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, darunter die Resolutionen 242(1967), 478(1980) und 2334(2016). Auch die Genfer Konvention ist eindeutig: Der Erwerb von Territorium durch Krieg ist verboten (Art. 47 IV. Genfer Konvention).

Der Europäische Gerichtshof hat erst im vergangenen November bestätigt, dass Israel in den palästinensischen Gebieten eine Besatzungsmacht ist, dass die Siedlungen im von Israel besetzten Westjordanland nicht Teil des israelischen

Staatsgebiets sind und dass die israelische Siedlungspolitik gegen das Humanitäre Völkerrecht verstößt. Eine gemeinsame Erklärung von Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich vom 12. September letzten Jahres hat eindeutig festgestellt: Die einseitige Annexion irgendeines Teils des Westjordanlandes wäre "ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht".

Daraus folgend ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Bundesregierung, die Europäische Union, aber auch Sie persönlich die Autorität des internationalen Rechts im Allgemeinen, aber auch des Europäischen Gerichtshofes im Speziellen nicht untergraben und alles in Ihrer Macht Stehende unternehmen, um die Verletzung internationalen Rechts zu verhindern.

Laut Stiftung Wissenschaft und Politik würde eine Annexion von Teilen des Westjordanlands darüber hinaus die Sicherheit Israels gefährden: es besteht ein erhebliches Risiko von gewaltsamen Auseinandersetzungen sowie dem Kollaps der Palästinensischen Autonomiebehörde. Zudem könnte die veränderte Situation palästinensische Fluchtbewegungen nach Jordanien auslösen, die zur Destabilisierung Jordaniens beitragen könnten.

Mit einer Annexion müsste Israel allen Bewohnerinnen und Bewohnern in den annektierten Gebieten Bürgerrechte gewähren. Das israelische Vorgehen in der Vergangenheit im bereits annektierten Ost-Jerusalem oder dem Golan macht dies hochgradig unwahrscheinlich. Die Beispiele dort zeigen, dass damit eine Vielzahl von weiteren Völkerrechtsverstößen gegen die palästinensische Zivilbevölkerung zu erwarten wäre.

Ein Ende der Besatzung, unter deren Folgen die Palästinenser*innen sowie auch viele Israelis seit Jahrzehnten leiden, und ein gerechter Frieden auf Basis von Völkerrecht und Menschenrechten würden durch das angekündigte israelische Vorgehen definitiv in weite Ferne rücken. Dies darf durch die internationale Gemeinschaft nicht hingenommen werden: Die russische Annexion der Krim im Jahr 2014 ist ein Beispiel aus jüngster Zeit, bei dem sich auch Deutschland mit deutlichen Maßnahmen wie beispielsweise robusten Sanktionen gegen die Verletzung von internationalem Recht gewandt hat.

Angesichts des Ernsts der Lage empfehlen wir Ihnen deshalb nachdrücklich:

die Bundesregierung dazu aufzufordern, der israelischen Regierung an diesem Punkt (und nicht erst wenn in der Region Fakten geschaffen wurden) deutlich und unmissverständlich die schwerwiegenden Folgen ihres geplanten Handelns vor Augen zu führen.

Wir schlagen vor, dass im Falle einer Annexion

- ein Einfuhrverbot für alle Produkte aus illegalen israelischen Siedlungen in Deutschland verhängt und sich auf europäischer Ebene für ein solches eingesetzt wird,
- das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Israel sowie die militärische Zusammenarbeit mit Israel einschließlich des Rüstungshandels mit sofortiger Wirkung ausgesetzt wird.

Mit diesen angedrohten Maßnahmen und den daraus entstehenden wirtschaftlichen Folgen könnte die israelische Regierung von ihrem Annexionsplan abgebracht und dazu motiviert werden, sich wieder ernsthaft verhandlungsbereit mit der palästinensischen Seite zu zeigen.

Angesichts des Ernsts der Lage empfehlen wir Ihnen ebenfalls nachdrücklich:

- Die Bundesregierung dazu aufzufordern, diese Positionen auch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im UN Sicherheitsrat, wo sie im Juni 2020 den Vorsitz innehat, im UN Menschenrechtsrat sowie ab 1. Juli 2020 innerhalb der deutschen EU-Ratspräsidentschaft voranzutreiben.

Insbesondere die EU sollte eine Vorreiterrolle für das Selbstbestimmungsrecht Israels und Palästinas übernehmen. Kaum ein anderer internationaler Akteur kann besser eine internationale Friedenskoalition unter Einbindung vor allem auch der regionalen Mächte Ägypten, Jordanien und den Golfstaaten anführen, die sich für neue Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien einsetzt.

Bitte setzen Sie sich in Ihrer Fraktion für die genannten Punkte ein, damit auch von dort ein klarer Auftrag an die Bundesregierung ergeht, dem britischen Beispiel zu folgen und fraktionsübergreifend die geplante Annexion zu verurteilen.

Mit freundlichen Grüßen


Gesine Goetz